

Die Verhinderung der Lebensmitteleinfuhr aus Ungarn.

In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses werden die Abgeordneten Dr. Ferzabek und Genossen an den Minister Höfer eine Anfrage wegen der Absperrungspolitik der Ungarn hinsichtlich der Lebensmitteleinfuhr nach Oesterreich richten. In der Anfrage wird ausgeführt, daß der Ernährungsminister bei der jüngsten Ernährungsdebatte im Abgeordnetenhaus zugestand, daß der österreichischen Regierung hinsichtlich der Lebensmittelversorgung aus Ungarn von der ungarischen Regierung die größten Schwierigkeiten bereitet werden. Der Ernährungsminister habe zwar ausgeführt, daß er nach wie vor alles anbiete, um die ungarische Regierung zu einer Erhöhung des nach Oesterreich einzuführenden Lebensmittelkontingents zu veranlassen, allein diese Erklärung habe die Bevölkerung der diesseitigen Reichshälfte nicht beruhigt, zumal man Regierungserklärungen schon mit einem gewissen Mißtrauen entgegenkomme. Dieses Mißtrauen ist um so berechtigter, als am Wiener Ostbahnhofe die dort eintreffenden Reisenden nicht nur peinlichst untersucht und vorgefundene Nahrungsmittel konfisziert, sondern auch alle jene Personen, die bei einem Nahrungsmittelschmuggel betreten werden, zur strafgerichtlichen Anzeige kommen. Diese strafgerichtliche Untersuchung gegen Leute, die nichts anderes verbrochen haben, als die ungarische Grenzsperrre zu durchbrechen, ist vollkommen ungerechtfertigt, und es hat den Anschein, als ob Gendarmerie, Polizei und Finanzwache des gesamten österreichischen Staatsgebietes die Weisungen erhalten hätten, gegen die Nichtbeachtung des ungarischen Ausfuhrverbotes mit aller Strenge vorzugehen. Von der Ansicht ausgehend, daß ein derartiges Vorgehen unserer Behörden kaum dazu beitragen wird, die Mängel der Approvisionierung in Oesterreich zu beheben und der hier herrschenden Lebensmittelnot zu steuern, richten die Gefertigten an den Ernährungsminister die Anfrage: Besteht in Oesterreich ein Verbot, Nahrungsmittel aus Ungarn auf privatem Wege einzuführen? Ist im Bejahungsfalle der Minister geneigt, sofort an die Aufhebung einer solchen, jeder Vernunft hohnsprechenden Anordnung zu schreiten?